Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133. der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Grauhausstr. 17. Nebengeschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Nr. 118. Halle, Freitag, den 11. März 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland.

Das Vertrauensvotum für Dr. Simons — Eine Rede Lloyd Georges im Unterhause.

Die Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrages im Rechnungsjahr 1921.

Wie im Vorjahre, so sind auch im Rechnungsjahr 1921 wiederum gewaltige Geldmittel bereitgestellt, um den Friedensvertrag zur Ausführung zu bringen. Der zu diesem Zwecke aufgestellte außerordentliche Haushalt liegt jetzt vor und spricht die deutlichste Sprache gegenüber den böswilligen Behauptungen unserer Gegner, Deutschland mache keine genügenden Anstrengungen, seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage nachzukommen. Die „Dena" gibt im Nachstehenden die wichtigsten Ziffern aus dem Etat zur Durchführung des Friedensvertrages wieder:

In Kapitel 1 sind insgesamt 292 787 500 Mark für das Reichsministerium des Innern eingestellt zwecks Abwicklung der aus der Abtretung Elsaß-Lothringens und anderer Gebietsteile sowie aus der Flüchtlings- und Gefangenenfürsorge erwachsenden Geschäfte. In dieser Summe sind u. a. enthalten 67 Millionen Mark für Besoldungen, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge der planmäßig angestellten Beamten der früheren elsaß-lothringischen Landesverwaltung, 20 Millionen Mark für die Kosten des Abtransports der Mobilien der verdrängten Elsaß-Lothringer und 1 500 000 Mark für die Bezahlung der vom Deutschen Reich zu begleichenden laufenden Verwaltungsschulden des Landesfiskus von Elsaß-Lothringen. Das Reichswehrministerium erscheint in dem außerordentlichen Haushalt mit einer Gesamtsumme von 113 912 299 Mark, wovon der weitaus überwiegende Teil, nämlich 107 249 584 Mark, auf die von Deutschland nach Art. 182, 193 des Friedensvertrages vorzunehmenden Minenräumarbeiten entfällt.

Das interessanteste und wichtigste Kapitel des außerordentlichen Haushalts ist Kapitel 3, der Etat des Reichsschatzministeriums. Er enthält Positionen namentlich für die Interalliierte Rheinlandkommission, für die Unterhaltung der alliierten Besatzungstruppen, für die Unterbringung der interalliierten Ueberwachungskommissionen und die Auslieferung und Unbrauchbarmachung von Kriegsmaterial. Die Interalliierte Rheinlandkommission erscheint im diesjährigen Etat mit 108 673 280 Mark. Im Haushalt für 1920 waren die persönlichen Kosten für die Interalliierte Rheinlandkommission und die Delegierten noch nicht bekannt, sie sind erst in den letzten Monaten für die rückliegende Zeit angefordert worden und betragen für Belgien 8 Millionen, für Frankreich 42 Millionen, für England 33 Millionen Mark. Hinzu treten 10 Millionen Mark an sächlichen Kosten für die Rheinlandkommission und 15 673 280 Mark für die Delegierten. Hinsichtlich des Unterhalts der alliierten Besatzungstruppen in den Rheinlanden und für Vergütungen von Leistungen in Durchführung des Reichsgesetzes vom 2. März 1919 und 17. März 1920 werden im Etat 7 266 374 000 Mark ausgeworfen. Der Jahresbedarf für 1921 ist nach den Erfahrungen des Vorjahres wie folgt geschätzt worden: Markvorschüsse 6 Milliarden Mark, Requisitionskosten 1 Milliarde Mark, Verpflegungskosten 266 374 000 Mark. An Markvorschüssen sind vom Oktober 1919 bis Ende September 1920 rund 1,5 Milliarden Mark angefordert und bezahlt worden; diese Summe ist jedoch nur ein Bruchteil der tatsächlichen Unterhaltskosten der Besatzungsmächte, die die genannte Ausgabe um ein Vielfaches überschreitet. Die Höhe des Markbedarfs ist nicht genau bekannt. Nach den Mitteilungen in den Parlamenten der Besatzungsmächte muß mit einem Markbedarf von 6 Milliarden Mark gerechnet werden. Die bis jetzt festgestellten Requisitionsforderungen belaufen sich auf rund 1,3 Milliarden Mark. Der Betrag wird sich noch beträchtlich erhöhen. 757 197 500 Mark stehen für Grundstückserwerbungen, Neubauten und Umbauten zwecks Unterbringung der Besatzungstruppen zur Verfügung, davon allein 403 Millionen Mark für Offizierswohnbauten nebst Ausstattung. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß der Gesamtbedarf an Offizierswohnungen durch die bisherigen Bewilligungen erst zu etwa einem Drittel gedeckt ist.

Die Unterbringung der Interalliierten Ueberwachungsausschüsse für Landheer, Seemacht und Luftfahrt, sowie die Unterbringung der Sondekommissionen des Wiedergutmachungsausschusses und der sonstigen interalliierten Missionen in Deutschland wird nach dem Etat 53 278 000 Mark erfordern, und davon allein 19 340 000 Mark für die Unterbringung von 763 Offizieren. Endlich sind aus diesem Kapitel noch besonders erwähnenswert die Kosten für die Entfestigungsarbeiten am Oberrhein, in Rastatt, Köln, Koblenz, Mainz, Germersheim, Kiel, Wesel und Helgoland, die insgesamt auf 250 Millionen Mark veranschlagt sind, sowie die Kosten für die Auslieferung und Unbrauchbarmachung des Kriegsmaterials und der Rückgabe von Beutegerät, die mit 275 Millionen Mark in Ansatz gebracht werden.

Für die Internationalisierung der deutschen Ströme sieht der außerordentliche Haushalt 2 Millionen Mark vor. Es handelt sich hier um Kosten, die Deutschland aus der Teilnahme an den im Friedensvertrag vorgesehenen internationalen Kommissionen für Elbe, Oder, Donau und Rhein erwachsen. 3 Milliarden Mark erfordert im laufenden Rechnungsjahr die Lieferung von lebenden Tieren an die Entente, 300 Millionen Mark die Ablieferung von Docks, Baggern und Hafenmaterial auf Grund des Abkommens für Scapa Flow. Aus dem Kapitel der Restitutionen verdient besondere Hervorhebung die Einstellung von 35 Millionen Mark für die Rückgabe von Werten, insbesondere die Herstellung der Bibliothek in Löwen. Die Kosten der Telegraphen- und Fernsprechgebühren für die in Deutschland befindlichen Entente-Kommissionen sind für 1921 mit 434 600 Mark in Ansatz gebracht. Insgesamt ergibt sich als Gesamtsumme der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts der Betrag von 26 050 354 919 Mark für die Ausführung des Friedensvertrages.

Das Vertrauensvotum der Reichsregierung für Simons

ist, wie wir hören, dadurch zustande gekommen, daß Herr Simons die Notwendigkeit seines zweiten Angebots restlos nachweisen konnte. Gegenüber dem allgemeinen und unerschütterlichen Mißtrauen der Welt an dem guten Willen Deutschlands hat der Minister ein Angebot machen zu müssen geglaubt, das auch den ärgsten Feinden die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes zur Wiedergutmachung klar beweisen muß. Dabei war sein Angebot an zwei wichtige Voraussetzungen geknüpft, nämlich an die Erhaltung Oberschlesiens beim Reich und die Gewährung des Freihandels für Deutschland. Unter diesen Voraussetzungen konnte in der Tat etwas mehr angeboten werden, als das, was die Sachverständigen vorher in Berlin für erträglich angesehen hatten. Es wird sich schon heute bei den Verhandlungen im Reichstag herausstellen, ob auch die Mehrheit der Parteien dem Vertrauensvotum für Simons beitritt, oder ob es dem Ansturm der Stinnesleute von rechts und der unabhängigen Breitscheidianer von links gelingt, den Mann zu stürzen, den zu ersetzen augenblicklich außerordentlich schwer sein dürfte.

Mit welchem Eifer und aus welchen Gründen die Hetze gegen Simons eingeleitet worden ist und betrieben wird, haben wir bereits im Leitartikel unserer heutigen Morgennummer gesagt. Es wird jetzt immer klarer, daß die treibenden Kräfte dieser Hetze wieder Helfferich und Stinnes sind, von denen der Erstere in der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses bereits einen Vorstoß gegen Simons unternommen hat, dem heute vormittag Stinnes folgen wird. Die gestrigen Beratungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind in der neunten Abendstunde abgebrochen und gehen heute vormittag 10 Uhr weiter. Trotz der Ausstellungen einzelner Abgeordneten an der Verhandlungsführung Dr. Simons herrschte im wesentlichen Uebereinstimmung darüber, daß die deutsche Delegation ihrer Aufgabe voll gerecht geworden ist.

Die von der Ententepresse wiedergegebenen angeblichen Aeußerungen von Dr. Simons über die Fortführung der Verhandlungen in der Reparationsfrage werden vom B. T. auf Grund von Mitteilungen aus authentischer Quelle dementiert. Dr. Simons hat in London keinem ausländischen Pressevertreter irgendwelche Erklärung abgegeben. Er hat insbesondere, nicht davon gesprochen, er werde demnächst nach London zurückkehren. Die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen neue Verhandlungen mit den Alliierten aufgenommen werden können, stehe jetzt nicht zur Debatte. Das deutsche Volk werde die neue Prüfung bestehen müssen und ausharren, bis die ruhige Ueberlegung in den alliierten Ländern wieder die Oberhand gewinne, besonders die Erkenntnis, daß auch noch so raffinierte Strafmaßnahmen keinen Pfennig hervorzaubern werden. Von Vorberatungen zur etwaigen Fixierung einer neuen Verhandlungsbasis könne durchaus keine Rede sein. Die ferneren deutschen Entschädigungen würden von der Abstimmung in Oberschlesien maßgebend beeinflußt werden.

Der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland.

In deutschen Regierungskreisen hat man den Eindruck, daß die Alliierten auch die Erhebung der geplanten Ausfuhrabgabe durchsetzen wollen. Man faßt tatsächlich die Proklamierung des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland ins Auge.

Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Tausende von Personenkraftwagen, Lastautos, Wagen usw. bliesen vorgestern und gestern die zur Rheinbrücke führenden Straßen, um vor der Errichtung der neuen Zollgrenze noch Waren über den Rhein zu bringen. Manche Straßen waren mit Gefährten aller Art derart vollgefüllt, daß polizeiliche Absperrungen und zeitweilige Einstellung des Straßenbahnverkehrs notwendig wurden.

Ueber die Wirkung der Zollbeschlagnahme meldet der „Lok.-Anz." aus Essen, daß sich bereits in den kaufmännischen Kreisen von Deutz eine große Unsicherheit bemerkbar mache. Die rechtsrheinischen Aufträge bleiben aus, bereits gegebene Aufträge werden zurückgezogen. Der bisherige Schaden für Industrie und Handel beläuft sich bereits auf Millionen.

Aus Rheinland-Westfalen wird der fast völlige Stillstand des Ausfuhrhandels gemeldet.

Wie aus London gemeldet wird, beriet der Oberste Rat gestern über die Verteilung der den Alliierten aus den jetzt ergriffenen Maßnahmen zufließenden Beträge sowie über die den beteiligten Mächten aus dieser Maßnahme erwachsenden Verpflichtungen. Die Regelung war sehr schwierig. Lloyd George schlug vor, daß die auf die deutschen Waren an die Alliierten zu gebende Abgabe endgültig auf 50 Prozent festgelegt werde, während Frankreich die Einführung einer veränderlichen Taxe wünschte. Weitere Meinungsverschiedenheiten bestanden in der Frage, welche Waren dem Zoll unterliegen sollen und ob auch die aus den Ruhrhäfen stammenden Kohlen mit der Abgabe belegt werden sollen. Die Mehrzahl der Sachverständigen schlug vor, auf das System der Ursprungszeugnisse zurückzugreifen. Eine Einigung war über die strittigen Fragen bisher nicht zu erzielen. Die Sachverständigen wurden zur Ausarbeitung eines Projektes aufgefordert, das möglichst schnell vorgelegt werden soll, um die Konferenz zum Abschluß zu bringen.

Der Berner Berichterstatter der „Baster Nationalzeitung" vermißt darauf, daß die von Lloyd George geäußerte Absicht, auch die indirekte deutsche Einfuhr zu unterbinden, die Abmachungen des Völkerbundpaktes verletze. Nach diesen könnten die Neutralen nicht dazu angehalten werden, ihren Warenverkehr mit Deutschland aufzugeben. Sollte der Plan aber trotzdem verwirklicht werden, dann würde er für die neutralen Länder, ganz besonders für Holland und die Schweiz, nicht unerhebliche Folgen haben.

Der französische Sachverständige, Ministerialdirektor Seydoux, erklärte dem Sonderberichterstatter des Intransigeant in London auf die Frage, wie er die Lage auffasse, das Reparationsproblem sei das schwierigste, das seit Jahrhunderten der Menschheit gestellt worden sei. Es könne weder militärisch noch politisch, sondern nur durch Uebereinkommen gelöst werden. Man könne Steuern erheben, Anleihen aufnehmen und die ausländischen Schulden zum Nutzen der Alliierten erhöhen. Die Verfasser des Friedensvertrages hatten zwei Dinge übersehen, die eine beträchtliche Rolle spielten: die wirtschaftliche Krisis und der Sturz des Wechselkurses. Diese zwei Faktoren zwingen jetzt, ein Mittel zu suchen, damit man bezahlt werde, ohne daß Deutschland die alliierten Länder mit seiner Ueberproduktion überschwemme.

Lloyd George im englischen Unterhause.

Lloyd George teilte gestern im Unterhause mit, daß die Gesetzesvorlage betreffend die 50prozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren heute im Unterhause eingebracht werde. Es sei sehr wichtig, das Gesetz so bald wie möglich in Kraft treten zu lassen. Je schneller dies geschehe, umso bessere Ergebnisse würden gezeitigt werden. Lord Robert Cecil erklärte, England sei verpflichtet, seine Unterschrift unter dem Vertrag von Versailles in Ehren zu halten, und wenn irgend welche Aenderungen geschehen sollten, so könne dies nur mit der freien und vollen Zustimmung aller Mitunterzeichner des Vertrages erfolgen. Die Zeit für eine Aenderung des Vertrages, wenn überhaupt eine solche stattfinden solle, sei nach seiner Ansicht noch nicht gekommen. Sir Edward Carson sagte, es müsse den Alliierten und dem deutschen Volke klargemacht werden, daß der Versailler Vertrag bestehen bleiben müsse und nur durch alle Unterzeichner des Vertrages abgeändert werden könne. Der Premierminister und die Regierung hätten bei allem, was bisher erfolgt sei, das gesamte Unterhaus, das ganze Land hinter sich. Es sei wesentlich, dies der deutschen Reichsregierung klar zu machen, damit sie sich darüber, was England beabsichtige, keiner Täuschung hingebe.

Clynes erklärte, der letzte Beschluß der Alliierten sei eine Frage der Auswärtigen Politik, die an Bedeutung hinter keiner seit Beendigung des Krieges entstandenen Frage zurückstehe. Während man für eine Regelung der Schwierigkeiten mit Deutschland mehr durch ein Uebereinkommen als durch Gewalt eingetreten sei, habe man zu Gewaltmaßnahmen gegriffen, deren Ende nicht abgesehen werden könne. Die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß keineswegs alle Mittel erschöpft wurden, um eine Lösung auf dem Wege eines Uebereinkommens zu erreichen. Die Arbeiterschaft sei der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrscheinlich die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands nur noch erhöhen werde. Nur durch die Wiederherstellung des normalen Handels in Europa könne der Wunsch, Deutschland zahlen zu lassen, verwirklicht werden. Die bisher angewandten Maßnahmen machten Deutschland unfähig zu zahlen und durch die in der Reparationsfrage von den Alliierten befolgte Politik werde dem Empfänger größerer Schede zugefügt als dem zahlenden Teil. Unter dem Beifall der Opposition fragte Clynes, wieviel von diesen letzten Beschlüssen auf Rechnung Frankreichs und wie wenig davon auf die Rechnung Englands komme. Clynes forderte Ausschluß, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210311033/fragment/page=0001

deutschen Vorschlägen zuzustimmen. Er sagte, er stimme nicht mit Lloyd George darin überein, daß der Vorbehalt mit Bezug auf Oberschlesien es unmöglich gemacht habe, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. Die gesamte Lage abzüglich Oberschlesiens sei das stärkste Argument zugunsten einer vorläufigen Regelung. Wir wissen nicht, was das Schicksal dieses Gebietes und seiner Bevölkerung sein wird, und dies ist der stärkste Grund dafür, daß augenblicklich keine solchen militärischen Maßnahmen getroffen werden dürften. Für die bisherige Verzögerung seien die Alliierten zum Teil selbst verantwortlich. Hätte Lloyd George nicht warten können, als die Deutschen um eine weitere Woche baten? Das Geld könne niemals durch militärische Maßnahmen eingetrieben werden. Lloyd George habe selbst erklärt, die Welt brauche ein gedeihendes und zufriedenes Deutschland. Würden diese Maßnahmen zur Wohlfahrt und Zufriedenheit führen und nicht vielmehr zur Gewißheit weiteren wirtschaftlichen Ruins? Clynes sagte: Wir haben den Krieg gekämpft, um den Kriegen ein Ende zu machen. Wir bekommen aber einen Zeden, der weitere Kriege zur Gewißheit macht. Er fragte, ob denn der Völkerbund so schwach sei, daß er diese materiellen und finanziellen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zu behandeln vermöge.

Lloyd George erklärte mit Bezug auf die Frage, weshalb der zweite deutsche Vorschlag nicht angenommen worden sei, er sei davon abhängig gemacht worden, daß Oberschlesien deutsch bleibe. Die Deutschen wären später zurückgekommen und hätten erklärt, ja, aber ein Dorf in Oberschlesien sei an Polen übergegangen (!) Für einen Fall wie Oberschlesien sei der 12prozentige Ausfuhrzoll eingeführt, denn wenn sich der Gebietsumfang Deutschlands vermindere, so gehe auch der Ausfuhrzollbetrag, den Deutschland bezahlen müsse, herab. Es handle sich weder um eine englische, noch um eine französische Regelung, sondern um eine Regelung der Alliierten. Man könne nicht erklären, es handle sich um eine gerechte Forderung an Deutschland, deren Erfüllung erzwungen werden müsse, wenn man auf ihrer Erzwingung bestehe, sagen, man bringe Europa in Verwirrung. Eine Schuld könne erzwungen werden. Er könne sogar noch weiter gehen und sagen, man wäre nie zu einer Einigung mit Deutschland gekommen, wenn Deutschland wisse, daß sie unter keinen Bedingungen erzwungen werde. Angenommen, Deutschland glaube, daß Clynes wirklich die Ansicht des englischen Volkes in dieser Frage wiedergebe und daß trotzdem das englische Volk, wenn es der Ansicht sei, es sei eine gerechte Forderung, es sie niemals erzwingen würde. Würde dann irgendeine deutsche Regierung hervortreten und irgendwas vorschlagen? Lloyd George sagte, er wolle kein hartes Wort sagen, das Schwierigkeiten hervorrufen könne, aber die Deutschen hatten ihre Schwierigkeiten mit der öffentlichen Meinung in Deutschland. Sie hätten eine öffentliche Meinung, die nur mit der einen Seite des Falles bekanntgemacht würde (?). Sie nehme nicht die Verantwortung für den Krieg auf sich und glaube nicht, daß sie für die Verpflichtungen Frankreichs und Belgiens verantwortlich sei. Es müsse Deutschland in seinem eigenen Interesse klargemacht werden, daß alle Alliierten gemeinsam entschlossen seien, die berechtigten Reparationsforderungen an Deutschland innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu erzwingen. Ohne dies werde es niemals zu einer Regelung kommen. Mit Bezug auf die Zahlung von 50 Proz. des Wertes der Einfuhrwaren an das Schatzamt erklärte Lloyd George, wenn die deutsche Regierung es ablehne, die deutschen Lieferanten zu entschädigen, so tue sie dies auf eigene Gefahr, da sie dann riskiere, den deutschen Handel zu ruinieren. Die einzige deutsche Ware, die wirklich wesentlich und für das Ausland unentbehrlich sei, seien die Anilinfarben. In England seien Vorräte an Anilinfarben für 12 bis 15 Monate und drei Viertel aller Fabriken, die sie herstellten, befänden sich im besetzten Gebiet. Außerdem sei Deutschland durch den Vertrag verpflichtet, auf Anforderung zu liefern. Daher seien die Alierten in der Lage, diese besonderen Umstände zu benutzen, um das Geld einzutreiben. Zugleich sei dies, abgesehen von den Strafmaßnahmen, die beste Art, um der Lage zu begegnen, und er glaube nicht, daß sie für die Deutschen selbst unannehmbar sei.

Lloyd George erklärte weiter, außerdem müsse noch etwas an Geld an England, Frankreich, Belgien und Italien gezahlt werden, und dies wolle man auf dem Wege einer Art von Annektierung des Ausfuhrergebnisses erreichen. 1920 seien für 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling Waren von Deutschland nach England eingeführt worden, dieses Jahr würden es wahrscheinlich 50 bis 60 Millionen werden. Davon würden nach Abzug aller Vergütungen etwa 20 Millionen übrig bleiben. Es könnte keine größere Gefahr geben, als wenn die 100 Millionen Einwohner Deutschlands und Oesterreichs zur Verzweiflung getrieben würden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Orientkonferenz.

Der Agence Havas wird aus London gemeldet: Gestern morgen fanden Besprechungen statt, die das Ziel verfolgten, die Griechen und Türken zur Annahme eines Vergleichs zu bewegen, der die Orientfrage regeln soll. Während Lloyd George Gunaris und Kalogeropulos empfing, besprach sich Briand, vom Grafen Sforza unterstützt, in seinem Hotel mit den türkischen Delegierten. Es scheint, daß die Grundlage zu dem derzeit vorgeschlagenen Vergleich folgende sein dürfte: Räumung von Konstantinopel, Kontrolle der Meerengen, größtenteils durch die Türkei, wobei Tochani internationalisiert und Gallipoli unter griechische Kontrolle gestellt würde, Selbstverwaltung von Smyrna mit gewissen Verwaltungsvorrechten Griechenlands, wobei der Hafen für den türkischen Handel freigegeben würde. Briand wurde von der Konferenz beauftragt, die Türken zur Aufnahme dieses Entwurfs zu bewegen, was Lloyd George seinerseits mit den Griechen versuchen sollte. Trotz der Vorteile, die sich dadurch der Türkei bieten, scheinen die ottomanischen Delegierten sich auf den Vorschlag der Entsendung eines Untersuchungsausschusses nach Smyrna und Thrazien beschränken zu wollen. Sie erinnern ganz mit Recht daran, daß dieser Vorschlag vor den Alliierten selbst gemacht und sie sich sofort ohne Schwierigkeiten damit einverstanden erklärt hätten. Wenn die Alliierten auf die Selbständigkeit Smyrnas Wert legen würden, so würden die Delegierten von Angora gestehen, daß sie keine ausreichende Vollmacht besäßen, um sich diesem Ausgleich anzuschließen, ohne wenigstens ihre Nationalversammlung zu befragen, deren ablehnende Antwort wohl außer Frage stehe. Infolge dieser Unterredung ist der Oberste Rat gestern mittag zusammengetreten. Wenn die beiden Parteien seine Entscheidung auf der mittleren Linie nicht annehmen, so werden die Großmächte für die Griechen und Türken wahrscheinlich alles beim alten lassen. Dann werde die eine oder die andere der beiden Nationen um ihren Schiedsspruch nachsuchen, so wie es ihnen vorgeschlagen worden war. — Die Sonderverhandlungen zwischen Türken und Franzosen über Sizilien nehmen einen günstigen Verlauf. Man darf mit der demnächstigen Unterzeichnung eines befriedigenden Abkommens rechnen.

Die erste allgemeine Verkehrskonferenz

die vom Völkerbund nach Barcelona einberufen ist, wurde gestern mittag eröffnet. Hanotaux entwickelte das Programm der Konferenz. Er sagte u. a.: Die zwischenstaatlichen Streitigkeiten in Verkehrs- und Transportfragen haben noch kein besonderes Gericht gefunden. Diese Lücke muß ausgefüllt werden. Wir werden nicht übersehen, daß der Vertrag von Versailles in seinem Artikel 379 eine Frist von 5 Jahren festsetzt, innerhalb deren die Bestimmungen und Vorsichtsmaßregeln, die sie für angebracht erachten auf ganz Mittel- und Osteuropa ausgedehnt werden sollen. Die Durchführung des Vertrags in dieser Hinsicht ist von allergrößter Bedeutung für gute wirtschaftliche Beziehungen in Europa.

Ebert und die Heimattreuen.

Zum Abschied von den Oberschlesiern, die gestern nachmittag die Reise zur Volksabstimmung im Sonderzug angetreten haben, hatten sich Reichspräsident Ebert und der preußische Ministerpräsident Braun auf dem Görlitzer Bahnhof eingefunden. Reichspräsident Ebert, stürmisch begrüßt, hielt dabei folgende Ansprache:

„Ehe Sie nach Oberschlesien fahren, möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen zugleich namens der Reichsregierung einen herzlichen Abschiedsgruß zuzurufen. Sie reisen in Ihr Heimatland, um freudigen Herzens einer vaterländischen Pflicht zu genügen: Sie wollen durch die Abgabe Ihres Stimmzettels bekunden, daß Oberschlesien deutsch und mit dem größeren Vaterlande, dem es seine Kultur und seine blühende Entwicklung verdankt, auf immer verbunden bleiben soll. Sie legen darüber hinaus auch Zeugnis ab dafür, daß wir Deutsche zusammengehören, nicht allein in guten Tagen, sondern auch in Zeiten schwerster Not. Nichts soll uns in den großen Lebensfragen unseres Vaterlandes voneinander trennen. Einig und gemeinsam müssen wir uns aus den Nöten der Zeit herausarbeiten und eine bessere Zukunft erkämpfen. Und diese Zuversicht bitte ich Sie auch denen zu bringen, die in Oberschlesien auf diesen Tag der Entscheidung gewartet haben. Sagen Sie auch dort Ihr Bestes ein! Es geht um die Heimat, es geht um Deutschland. So danke ich Ihnen allen, die Sie den Anstrengungen dieser Fahrt sich unterzogen haben, für dies Bekenntnis, das gerade in diesen schicksalsschweren Tagen uns besonders erhebt. Von Herzen wünsche ich Ihnen glückliche Reise und einen schönen Abstimmungssieg!"

Die Revolution in Rußland.

Ein Bericht aus Helsingfors besagt:

Der Korrespondent der Zeitung „Helsingin Sanomat Tertjoki" meldet am 9. März abends, daß die Batterien von Kronstadt im Laufe des Tages die Küste bei Petersburg und Tarnowka mit schwerem Geschütz beschossen haben. Der Korrespondent meldet weiter, daß die Erhebung bis auf weiteres nicht den Zweck habe, das Rätesystem zu stürzen, aber gegen die Sowjetregierung gerichtet ist und namentlich gegen die an der Regierung befindliche kommunistische Partei, welche beabsichtigt, die Arbeiter zu unterdrücken. Die erste Forderung der Gegenrevolutionäre ist, daß alle das Recht haben sollen, an den neuen Wahlen zu den Sowjeträten teilzunehmen. Die Revolutionäre sind auch überzeugt, daß die Räteregierung allein Rußland nicht vom Ruin retten könne. Es wird die Mitwirkung aller Arbeiter und der arbeitenden Intelligenz in der Regierung gefordert. Die Forderung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung sei bisher nicht erhoben.

Polnischer Terror.

Nach einer Mitteilung des Danziger Senats droht Polen, um Danzig den polnischen Forderungen bei den Wirtschaftsverhandlungen gefügig zu machen, mit der Einstellung der Lebensmittellieferungen an Danzig, zu denen es vertraglich verpflichtet ist. Danzig muß daher zu anderweitiger Lebensmittelbeschaffung greifen, wozu es einer Mehrausgabe von 40 Millionen Mark bedarf. Im Volkstage wurde die Erpressertaktik Polens aufs schärfste verurteilt.

Deutsches Reich.

Phantastische Anträge der Sozialdemokraten. Im Wohnungsausschuß des Reichstages steuten die Sozialdemokraten einen Antrag, daß in fünf Jahren 750 000 Wohnungen gebaut werden sollen. Die Mittel dazu sollen durch Pfandbriefe aufgebracht werden. Ein Regierungsvertreter führte dagegen aus, daß zur Durchführung des Antrages 65 Milliarden erforderlich sein würden. Der Demokrat Bahr wies darauf hin, daß bei Annahme dieses Antrages in diesem Jahre überhaupt nicht mehr gebaut werden könne. Es wurde dann ein Antrag von ihm befürwortet und schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, nachdem die Einkommensbeträge, die zur Errichtung von Kleinwohnungen verwendet werden, vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können, soweit sie den doppelten Friedenswert der Kleinwohnungen übersteigen.

Ein demokratischer Mittelstandsantrag. Die demokratische Reichstagsfraktion beantragte in einer Entschließung zur dritten Lesung des Etats des Reichsministeriums des Innern, daß schleunigst Maßnahmen von der Reichsregierung getroffen werden, damit bis zur reichsgesetzlichen Regelung des Kommunalisierungswesens alle den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand betreffenden Kommunalisierungen gemäß Artikel 4 der Reichsverfassung unterbleiben.

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin hat gegen den Redakteur der Germania Strafantrag wegen Beleidigung gestellt infolge eines Artikels des Blattes, der unter der Ueberschrift: „Ein unerhörter politischer Skandal!" wegen der Steuerakten Erzbergers heftige Angriffe gegen das Landesfinanzamt enthielt.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Inserat der Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung". Sonnabend, 12. März. Inhalt: Das Geheimnis des Schränkchens. Roman von Stevenson. — Das Autogramm. Von Hans Gäfgen. — Von einem Wunderkind. Von Werner Schumann. — Meyers Erfolg. Von C. K. Roelling hoff. — Deutschlands Zukunft im Urteil führender Männer. — Literatur.

Entlassen.

Von

Hans Franck.

(Nachdruck verboten.)

Man sollte es nicht für möglich halten und doch ist dem so: Es werden weit mehr Menschen wegen zu großer Tüchtigkeit als wegen zu großer Untüchtigkeit entlassen. Es macht dabei nicht viel aus, ob einer in öffentlichen oder privaten Diensten steht, ob er als Beamter auf Lebenszeit oder als Angestellter für abgegrenzte Vertragsdauer seinen Unterhalt erwirbt. Zum Wesen eines Vorgesetzten gehört es nun einmal, daß er seinem Untergebenem, wenn auch in der verfeinertsten Form Gehorsam abverlangt. Soviel Freiheit dem Niedern von dem Höheren zugestanden wird — irgendwo und irgendwie ist er immer am Block der Gehorsamkeit angebunden, so daß jeder Untergebene dem Zicklein gleicht, das zwar die unbeschränkte Freiheit hat, überall in den Kreise zu grasen, welcher ihm durch die Länge des Strickes an seinem Hals zugemessen ist, nur nicht — und stände dort das festigste Gras unmittelbar vor seiner Nase — nur nicht ein Schrittchen weiter außerhalb dieses Kreises. Nun hat aber der Untüchtige allezeit besser als der Tüchtige verstanden, sich und der Welt seine begrenzte Freiheit als unbegrenzt einzureden. Das Wunder also, daß der Untüchtige erschienen ist, der Grenzen nicht immer achten kann. Nirgends ist diese unnatürlich natürliche Umkehrung so oft sichtbar geworden wie in der kleinen Welt des Theaters, in der sich alle Dinge der großen Welt fratzenhaft verzerren; und in der Welt des Theaters wiederum nirgends so schreiend wie an der Wiener Hofburg, diesem Theaterhaftesten aller Theater. Hier hat denn auch einer der Tüchtigsten seines Standes ein Rucken an dem Untergebenen-Strick mit seinem Leben bezahlen müssen.

Als nämlich Joseph Schreyvogel, dem Titel nach als Hofsekretär, dem Amte nach als Dramaturg, dem Geiste nach als überragende schöpferische Kraft so an die achtzehn Jahre das Wiener Burgtheater geleitet hatte, bekam er wieder einmal einen neuen Vorgesetzten. Dieser, ein Graf Czernin, konnte weiter keinen Zusammenhang mit der Kunst nachweisen, als daß er in seinem 21. Jahr ein Bändchen miserabler Liebesgedichte auf eigene Kosten hatte drucken lassen. Denn die Beziehungen, welche er nach und nach zu einer Reihe von Bühnendarstellerinnen unterhalten hatte, setzten eine andere als die künstlerische Potenz voraus. Dennoch begnügte der neue Intendant sich nicht, wie seine Vorgänger, damit, in die Theaterkutsche einzusteigen und Schreyvogel, der den Weg mit all seinen Hindernissen und Abschüssigkeiten, mit all seinen Krümmungen und Schlüpfrigkeiten aufs genaueste kannte, wie bisher weiterfahren zu lassen. Nicht einmal daran tat er sich genug, daß er ihm sowohl die Ziele als auch die Zeit und Stunde, wann sie zu erreichen wären, generalsmäßig bestimmt. Viel mehr fiel er ihm, anmaßend und unverständig wie er war, in einem fort in die Zügel. Eines Tages, als der gräfliche Intendant durch die Vorwerfung einer Anordnung Schreyvogels eine besondere große Dummheit machen wollte, sagte dieser — ohne alle Erregung, aber mit jener Bestimmtheit, zu welcher ihm sein besseres Wissen ein Recht gab: „Davon verstehen Sie nichts, Exzellenz." Joseph Schreyvogel hatte nichts als die Wahrheit gesagt. Aber dies eine wahre Sätzchen löste, wie ein unvorsichtig gewordenes Steinchen die Lawine, die Schicksalsballung aus, welche ihn erschlug. Noch am selben Tage, an dem Schreyvogel sich gegen die Subordination vergangen hatte, schickte ihm Intendant Graf Czernin einen niederen Hofbeamten, der ihm das K. K. Reskript vorlas, durch welches er seines Postens enthoben und aus seinem Amte entlassen wurde. Auf der Stelle sollte er seine sämtlichen Amtsgeschäfte seinem bisherigen Untergebenen, dem neuernannten Hofsekretär X. übernachen. Schreyvogel, mehr erschüttert durch das, wie man an ihm handelte, als durch das, was man ihm antat, sagte einmal über das andere: Ja, ja, ja! Aber er vermochte nichts zu tun, was dieses Ja einlöste. Als sein Nachfolger, der, seit er dem Hofbeamten das Reskript, welches seine Rangerhöhung enthielt, aus der Hand genommen hatte, um mindestens 10 Zoll körperlich gewach en schien, Schreyvogel wegen der Amtsübergabe bedrängte, bat dieser sich Frist bis zum nächsten Morgen aus. Da sie ihm abgeschlagen wurde, setzte Schreyvogel mit zitternder Hand die Schlüssel stumm in die hingehaltene Linke seines Nachfolgers und ging wie ein abgewiesener Supplikant aus dem Bureau hinaus, in dem er als allmächtiger Herrscher in seinem Reich Hunderte von Supplikanten empfangen hatte.

Stufe um Stufe tappte Joseph Schreyvogel die hohe Freitreppe hinunter, die er tagaus, tagein hinaufgeschritten war, oft im Arbeitseifer eilenden Schrittes zwei, drei Stufen überspringend. Auf jeder meinte er, daß bis zur nächsten seine Kraft nicht ausreiche. Dennoch trugen ihn seine Füße ins Freie. Als ihm der Regen — es war an einem jener Mittage, deren Käte einen noch der voraufgegangenen Wärme doppelt heftig anfällt — ins Gesicht schlug, gewahrte Schreyvogel, daß er ohne Hut und Mantel gegangen war. Er stapfte also Stufe um Stufe die Treppe wieder hinauf. Als er die Tür zu seinem Arbeitszimmer, gewohnermaßen ohne anzuklopfen, öffnete, saß sein Nachfolger bereits auf seinem Amtssessel. Und nachdem er ihm bedeutet hatte, daß künftig er, der frühere Dramaturg Hofsekretär a. D. Schreyvogel, nicht mehr er, der jetzige Dramaturg Hofsekretär X. beim Eintritt in dieses Zimmer anzuklopfen habe, er, X., indessen Schreyvogel das diesmalige Versehen nicht anzuklopfen gern seinem bezeichnenden Schmerz zugut halten wolle, entspann sich zwischen den Beiden das nachfolgende, wortwörtlich überlieferte Gespräch:

X.: „Was wünschen Sie, Herr Schreyvogel?"

Schreyvogel: „Meinen Schirm und Ueberzieher."

X.: „Die sollen Ihnen nachgeschickt werden, wenn sie sich finden sollten."

Schreyvogel: „Drüben in der Ecke sind sie."

X.: „Das kann ich glauben oder nicht."

Schreyvogel: „Fragen Sie den Diener. Ich werde mich auf den Tod erkälten."

X.: „Daran liegt uns nichts."

Ohne Hut und ohne Ueberzieher wankte Joseph Schreyvogel durch den strömenden Regen heim. Nach zwei Tagen war er krank. Nach zwei Monaten war er tot.

Der Generaldirektor der Preußischen Bibliothek in Berlin, Friedrich Milkau, wurde zum Ehrendoktor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der hiesigen Universität ernannt als Dank für die tatkräftige Mitarbeit bei der Gründung des Osteuropainstituts, ebenfalls von derselben Fakultät der Erzbischof von Köln Schulte für seine erfolgreichen Bemühungen um das Los der Kriegsgefangenen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210311033/fragment/page=0002

in sicherem Zuge zu entfalten. Die Behandlung der Verse „Zu dem ew'gen Glanz empor" und „Halleluja, daß du bist!" bot dafür bündigen Beweis. Der letzte Vers zeigte übrigens auch die hohe Fertigkeit des Vereins, die Töne allmählich in ungedrochenem Klange verhallen zu lassen. Einige weitere Männerchöre z. B. Ernst Wendels „Feldeinsamkeit" und Kauns „Die Hütte" gelangen in charakteristischem Vortrage ebenfalls lobenswert.

Den meisten Beifall aber fand nach Verdienst „König Laurins Rosengarten". Diese deutsche Heldenmär für Männerchor, Baritonsolo und Orchester ist bekanntlich von Fritz Volbach gedichtet und komponiert. Ganz im Anschluß an Richard Wagners musikalische Sprache in Noten gesetzt, atmet sie Wohllaut und steht mit ihrer Wagnerschen Art zu charakterisieren unserem Empfinden besonders nahe. Leicht ist die Gesamtaufgabe aber ganz und gar nicht zu lösen. Sie wurde jedoch vorzüglich durchgeführt; denn der Männerchor war rhythmisch wie dynamisch durchaus sicher, sang mit Begeisterung voll Tonschönheit und fand im „Philharmonischen Orchester" einen bemerkenswerten Helfer zum durchschlagenden, großen Erfolge. In seinem Mittelpunkte stand auch der Solist Dr. Biol, der mit seinem markigen, für Dramatik wie Lyrik gleich gut ausgebildeten Bariton den Dietrich von Bern ausgezeichnet sang, besser noch als einige von Holm Nickol zu leise, aber sonst sehr gut begleitete Schubertlieder kurz vorher.

Brausender Beifall bezeugte die Befriedigung des ausverkauften Saales über die vorzügliche Gesamtleistung, die dem Vereine überdies durch einen Riesenlorbeerkranz mit Goldverzierung, dem Dirigenten Holm und dem Solisten Dr. Biol durch ebenfalls hochanschnliche Ruhmesspenden noch besonders kundgegeben wurden.

Dr. Karl Baer.

Stadttheater. Heute Freitag, abends 7½ Uhr wird das heitere Werk „Menagerie" von Kurt Goetz zum ersten Male wiederholt. Sonnabend „Wenn Liebe erwacht", Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung bei kleinen Preisen von 1—5 Mk. „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag abend 7½ Uhr „Der Freischütz", Montag „Die Gezeichneten".

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr, unter der Spielleitung von Adalbert Krimar „Charleys Tante", Schwank von Thomas zur Aufführung.

Freie Volksbühne Halle. IV. Werk (Maria Magdalena). Anfang 7½ Uhr. Spieltage: G: Dienstag, den 15., H: Donnerstag, den 17., I: Sonnabend, den 19., K: Montag, den 21., L: Mittwoch, den 23. März.

Die fünfte Vortragsveranstaltung der freien Volksbühne am Dienstag, den 15. März, verspricht den weitesten Kreisen einen besonders lebendigen Eindruck. Prof. Dr. Heine-Dessau, als ausgezeichneter Kenner und volkstümlicher Redner bekannt, wird sein Thema „Deutsche Arbeiterdichter" nicht im Sinne irgend einer Tendenz behandeln; es wird vielmehr allseitig gewürdigt und mit Proben aus den Werken der Dichter selbst veranschaulicht werden, wie sich die Welt im dichterischen Erlebnis des werktätigen Volkes spiegelt. Da der Vortrag nicht wiederholt werden kann ist zeitiges Besorgen der Karten zu bitten. Neuanmeldungen für Mitglieder werden in der Geschäftsstelle Leipziger Str. 91 sowie in den Zahlstellen jetzt noch angenommen.

Apollotheater. Das Zugstück unserer Operettenbühne „Die Scheidungsreise", die allabendlich vor vollen Häusern fröhte Heiterkeit erzielt, kann nur noch wenige Tage gegeben werden. Kommenden Freitag tritt eine neue Operette auf den Plan. „Der verjüngte Adolar" betitelt sich die seit Monaten in Berlin mit stürmischem Lacherfolg gegebene neueste Operette Walter Kollos, die Direktor Steinert am Freitag erstmalig herausbringt. Die Tänze sind nach Berliner Original von Oberspielleiter Gustav Beer vom „Theater in der Kommandantenstraße" in Berlin einstudiert. Der Komponist Walter Kollo und die Textdichter haben ihr Erscheinen zu der Premiere in Halle auf Einladung des Direktors Steinert hin zugesagt. Die Hauptrollen werden von Fanny Köbe und Franz Menar gegeben. Der Vorverkauf zur Premiere beginnt Montag früh.

Einen Wilhelm Busch-Abend veranstaltete Carlo von der Nopp am Donnerstag im Fünftürmesaal, den er mit einem von Fritz v. Ostini verfaßten Nachruf an den Humoristen eröffnete. Die Ostinischen Verse, so glänzend sie an sich sind, schießen in ihrer Ueberschätzung der Bedeutung von Wilhelm Busch doch übers Ziel hinaus. Man darf nicht vergessen, daß Busch als Vertreter des „gesunden Menschenverstandes" das Philistertum wohl geißelt, nicht aber auch gestachelt hat, daß sein Humor oft in Ulkerei, in Possenhaftigkeit umschlägt, daß sein Stoffgebiet das Alltäglichste, Herkömmliche ist, daß ihm die lebenerschöpfende Tiefe, wie sie beispielsweise Shakespeare in seinen humoristischen Gestalten aufweist, fehlt. Aber auf eins muß hingewiesen werden: Busch ist — mehr noch als Zeichner wie als Dichter — Ausdruckskünstler; sein Element ist die Uebersteigerung, die gern in Antithesen sich äußernde Uebertreibung, und er zeigt darin einen verwandtschaftlichen Zug mit dem heutigen Expressionisten. Carlo von der Nopp trug ein paar tiefempfundene ernste, größtenteils aber humoristische Gedichte mit seiner Ausdruckskunst und deutlicher Herausarbeitung der oft sich häufenden Pointen vor. Kennzeichnend für die Art von Busch ist besonders das Gedicht „Es wird mit Recht ein guter Braten", in dem in ergötzlicher Weise ausgeführt wird, daß nur eine Köchin, die ein gutes Herz hat, einen guten Braten herrichten könne. Im zweiten Teil führte der Vortragende auch den Zeichner Busch vor in den drolligen Szenenfolgen „Das Pad am Samstag-Abend", „Herr und Frau Knopp" und „Julchen". Das Publikum belundete freudige Teilnahme und kargte zum Schluß nicht mit Beifall. A. Ka.

Neue Hochschulbelte. 2 neue Hochschulhefte (herausgegeben von Privatdozent Ernst Grünfeld — Verlag Max Niemeyer, Halle a. S.) sind erschienen: „Ratgeber für das Studium der Theologie an der Universität Halle", von Prof. Dr. Wilhelm Lütgert und „Das Studium der seminarisch vorgebildeten Lehrer an der Universität Halle" von Georg Traul.

Händelaufführung. Die Hallische Singakademie (Leitung Kgl. Musikdirektor Willi Wurlschmidt) darf es sich zum Verdienst anrechnen, seit 20 Jahren für Händels Meisterwerke in der Neugestaltung Fr. Chrysanders mit allem Nachdruck, aber auch mit einem solchen Erfolge eingetreten zu sein, daß die Händel-Aufführungen stets vor ausverkauftem Hause stattfinden konnten und zu den beliebtesten Konzerten in jeder Saison gehörten. Nicht zum Wenigsten verdankt sie diese Erfolge der Auswahl der Solisten, von denen Kammersänger Fr. Strathmann (Weimar) in erster Linie eine berechtigte Anziehungskraft ausübt. Auch in dem am 10. März zur Aufführung gelangenden, von Meister Händel mit ganz besonderer Liebe bedachten Oratorium „Joseph" hat Strathmann die Hauptpartie übernommen.

Auf zum Hundesteuer-Trutzverein!

Habt vernommen Ihr die Kunde?
Hört! Es droht ein Streit der Hunde!
100 Mark, die neue Steuer,
Finden alle Köter teuer,
Und sie haben sich's gelobt,
Kommt sie durch, dann wird getobt!
Jeder Mensch wird dann gebissen,
Jede Hose wird zerrissen,
Seidenstrumpf und Baumwollsocken,
Ha! da bleibt kein Auge trocken.
Und gebissen wird ins Bein,
Tief bis in das Blut hinein.
Aus soll's mit dem sinbentein
Ein für allemale sein.
Keine Hunde (auch nicht Dackeln)
Dürfen mit dem Schwanze wackeln,
Wüthingehen, apportieren,
Auf den Hinterbeinen gehen.
Keiner darf es mehr probieren,
Keinen darf man dabei sehen.
Sonntags, wie es sich gebührt,
Wird am Hallmarkt demonstriert;
Und dann durch die Stadt marschiert.
Weiße und Verräterinnen,
In den Metzgerläden drinnen,
Her mit Wurst und Karbonaden,
Denn sonst geht's an eure Waden.

Raus ins Land der Ruf soll schallen:
Kein Hund läßt sich das gefallen.
Unsre Herrchen, unsre Frauchen,
Alle uns sehr nötig brauchen.
Aber hundert Mark herapen
Bei den Zeiten, bei den knapen
Wird sich mancher überlegen
Und uns bringt es keinen Segen.
Denn man wird mit gift'gen Dingen
Bald uns um die Ecke bringen.
Hunde rings im ganzen Land,
Reicht euch brüderlich die Hand.
Kommet bald und tretet ein,
In den Steuertrutzverein.
Hundert Mark. Zum Schwanzeinkneifen
Iff's, und es vergeht uns allen
Jedes Wedeln mit den Schweifen,
Keiner läßt es sich gefallen.

Rohrspatz.

Lebensmittelkalender.

Zum Freibankverkauf am 12. März 1921 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 1—100, um 9 Uhr 101—200, um 10 Uhr 201—300, um 11 Uhr 301—400.

Halle, den 10. März 1921. **Der Magistrat.**

Schwurgericht.

Meineid im Pferdeschieberprozeß.

Im Juli 1920 kam der seinerzeitige Reichswehrsoldat Schauspieler Simon zu dem Gastwirt Emil Wanke in Merseburg und bot ihm zwei Militärdienstpferde zum Kauf an. Er gab an, von seinem Hauptmann den Auftrag erhalten zu haben, die Pferde loszuschlagen. Wanke ging auf das Angebot ein, erstand die Tiere für 15 000 Mark und verkaufte sie bald darauf weiter für 22 000 Mark. Er zahlte an Simon 5000 Mark bar und unterschrieb einen in seinem Gastzimmer von Simon geschriebenen und ihm vorgelegten Schuldschein über 10 000 Mark. Als Simon, der natürlich keinerlei Auftrag zum Verkauf der Pferde hatte, in dieser Sache der Prozeß gemacht wurde, sagte Wanke am 9. September vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 16 zu Naumburg unter Eid aus, daß er den Simon gar nicht kenne und daß der Schuldschein nicht in seinem Lokal geschrieben worden sei. Die Geschworenen bejahten die Frage nach Meineid, billigten aber auch diesem Angeklagten den Umstand als strafmildernd zu, daß er sich durch Angabe der Wahrheit einer Strafverfolgung ausgesetzt hätte. Das Gericht erkannte daraufhin gegen den Angeklagten auf 9 Monate Gefängnis.

Sport der „Saale-Zeitung".

Beginn der Sechs Tage-Rennen in New-York.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag hat, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, in der Madison Square Garden vor überfülltem Hause das Sechstagerennen begonnen, das durch den Start von Rütt und Lorenz für Deutschland erhöhtes Interesse beansprucht. Die ersteingenannten Fahrer folgender 15 Mannschaften stellten sich dem Starter: Rütt—Lorenz, Egg—van Kempen, Degraeve—Nielens, Klawoine—Aerts, Coburn—Brocco, Berthet—Kaufmann, Lawrence—Chapman, Parisy—Leonard, Beyl—Leman, Smith—Taylor, van Beaer—Miquel, W. Spencer—Thomas, Grimm—Byron, Keenan—Depani, Mac Namara—Piani. Die ersten fünf Meilen wurden unter flotter Führung von Rütt zurückgelegt. Mit Lorenz an der Spitze waren in der ersten Stunde 40 Kilometer bedeckt. Die ersten Wertungskämpfe brachten folgende Ergebnisse: 1. Serie: van Kempen, Nielens, Spencer, Miquel, Piani, Lawrence; 2. Serie: Degraeve, Egg, Mac Namara, Chapmann, Thomas, Rütt; 3. Serie: van Kempen, Coburn, Nielens, Lorenz, Piani, Thomas; 4. Serie: Egg, Aerts, Thomas, Kaufmann, Mac Namara, Taylor; 5. Serie: Piani, Lorenz, Spencer, van Kempen, Coburn, Smith; 6. Serie: Miquel, Egg, Rütt, Aerts, Thomas, Degraebe; 7. Serie: Klawoine, Spencer, Nielens, van Kempen, Coburn, Piani! 8. Serie: Degraeve, Egg, Lorenz, Thomas, Mac Namara, Chapman; 9. Serie: Piani, van Kempen, Lawrence, Spencer, Coburn, Smith; 10. Serie: Degraeve, Mac Namara, Parisot, Byron, Egg, Lorenz. — Nach 16 Stunden waren 549,308 Kilometer zurückgelegt.

*

Nationales Reisewettschwimmen. Während der internationalen Frühjahrsmesse in Frankfurt a. M. veranstaltet die Sportvereinigung Sachsenhausen 05 am 16. und 17. April nationale Schwimmwettkämpfe für Damen, Junioren, Erwunterungs- und Seniorenkämpfer. Wasserballspiele vervollständigen das Programm.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margolla; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinznachrichten: Eugen Brintmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: F. Geerlings. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft.
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.
Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.
Depositenkasse Reilstrasse 133, Fernspr. 6189.
Depositenkasse Wörmlitzerstr. 1, Fernspr. 6676.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Familien-Nachricht.

Nur auf diesem Wege.
Für die uns erwiesene herzliche Teilnahme beim Ableben meines teuren Vaters sagen wir Allen unsern besten Dank.
Aenni Pfülf
nebst Leidtragende.

Offene Stellen

Spezialfirma für Bergwerksmaschinen sucht für das Kalirevier einen tüchtigen, bestens eingeführten
Vertreter.
Offerten unter W. 3786 an die Expedition dieser Zeitung.

Kaufm. Lehrling,
Sohn achtbarer Eltern, mit nur guter Schulbildung, für größeres Fabrikunternehmen per 1. 4. cr. gesucht. Bewerbungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf unter B. F. 3869 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4.

Für die Abteilung
Damen-Konfektion
suche ich zum baldigen Antritt eine
erste Verkäuferin
mit guter Figur gegen hohes Gehalt. Offerten werden mit Bild, Referenzen und Gehalts-Ansprüchen erbeten.
Max Biermann, Gera-R.

Verkäuferinnen
für Schneidereiart kol und Handarbeiten
geübte Packerin
W. F. Wollmer,
gegr. 1769.

Lehrling
mit guter Schulbildung für mein Kolonialwaren-Engrosgeschäft gesucht. Selbstgeschr. Lebenslauf, Zeugnisabschr. zurückzusenden erbeten.
Otto Stove,
Glaucha-Halle a. S.

Zu verkaufen
Land-Gasthof
(Mittenberger Elbaue)
der einzigste im Orte, mit vollständiger Einrichtung zu
— verkaufen. —
Ort hat Bahnhof, Chaussee, Schule, Kirche und Molkerei. Gebäude im saubersten Zustande, Saal m. Bühne, Gast-, Fremdenz. Ausspann, Gesellschaftsgarten mit Kegelbahn. ½ Morg. Obst- und Gemüsegarten, Weinz. 1 Morgen Weizenboden. Preis 120 000 Mk. Anz. 50—60 000 Mk. Uebernahme nach Uebereinkunft n. zahlungsfähig. Selbstkäufer ev. Off. unt. V. 3785 an die Expedition d. Ztg.

Ca. 13 Zentner schwerer
Bulle
zu verkaufen.
Schierau bei Raguhn
Hauptstraße 6.

Kaufgesuche
Weinflaschen kauft
Ludwig, Schwetschkestr. 14.
Kontrollkasse
möglichst National kaufe sofort gegen Barzahlung.
W. Hein, Berlin NO.
Alliierstraße 23.

Verkäufliches
Hypnotismus Spiritismus
Damen und Herren, die sich an einem Kursus zu beteiligen wünschen, werden um Mitteilung gebeten unter U. 3784 an die Exped. dieser Zeitung.

RINO-SALBE
bewährt bei
FLECHTEN/HAUTLEIDEN/OFFENEN FÜSSEN
ALTEN WUNDEN/AUSSCHLAGEN/FROSTSCHÄDEN
Erhältlich in den Apotheken. RICH. SCHUBERT & CO. G.M.B.H. Weinböhla - Dresden.

Bruchleidende
bedürfen kein sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchendes selbst verstellbares, konkurrenzlos bestes, ärztlich empfohlenes
Universal-Bruchband
tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.
Mein Spezialität ist zu sprechen am
Donnerstag, den 17. März, nachm. von 1½—6 Uhr in Halle a. S., „Hotel Grüner Baum",
Donnerstag, den 17. März, vorm. von 7½—11 Uhr in Zörbig, „Gasthaus Schützenhaus".
Freitag, den 18. März, vormitt. von 7½—11 Uhr in Bitterfeld, „Bahnhofs-Hotel",
mit Muster vorrätiger Bandagen, sowie mit ff. Gummi- und Feder-Bänder neuesten Systems, in allen Preislagen, anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib-, Umstands-, Muttervorfall- und Mastdarmvorfall-Binden, wie auch Geradehalter, Krampfaderstrümpfe und Suspensorien stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer versichere auch gleichzeitig die größte Diskretion.
Gefl. Anfragen bitten wir zur Verfügung.
Sprechstunden sind: Sprechstunden
Ph. Scheer Söhne, Bandagisten und Orthopädie-Fabrikation,
Konstanz in Baden, Wessenbergstr. 15/17. Tel. 515.

Uhrmacher Gustav Uhlig
Unsere Leipzigerstraße
empfiehlt zur
Konfirmation
Armband-Uhren und Taschen-Uhren
sowie
Schmucksachen in Silber, Tula u. Gold
in großer Auswahl.

Schöne Bücher
billig
leihweise
Gr. Ulrichstr. 52
in unserer
Bibliothek